

Ein klares

Nein zu Temelin

Alles, was wir über Temelin wissen, macht dieses Kernkraftwerk zum Problem-Fall, zum Sicherheitsrisiko, bei dem nicht auszuschließen ist, dass irgendwann einmal daraus ein tschechisches Tschernobyl wird.

Seit dem Unfall von Tschernobyl sind in der Ukraine und in Weißrussland die Erkrankungen des Blutkreislaufes bei Jugendlichen um 43 %, bösartige Tumore um 38% gestiegen. Schilddrüsen-Krebs zum Beispiel trat 300 mal häufiger auf als in nicht direkt betroffenen Gebieten.

Diese Zahlen stammen aus einem Gebiet mit einem Umkreis von rund 600 km um das Katastrophen-Kraftwerk.

Schleinbach trennt nur 180 km Luftlinie vom Störfall-Reaktor in Temelin.

heißt

keinesfalls „Ja“
zum Volksbegehren!

Das Grüne Kleeblatt hat daher bereits vor mehr als einem Jahr eine Resolution gegen die Inbetriebnahme im Gemeinderat vorgelegt, die vom Bürgermeister und vielen Gemeinderäten unterzeichnet wurde.

Warum also nicht noch einmal deutlich gegen Temelin protestieren - und das „Anti-Temelin-Volksbegehren“ unterschreiben?

Natürlich ist die Forderung des FPÖ-Volksbegehrens verlockend: nützen wir doch die ohnehin geringen Möglichkeiten, die wir als EU-Mitglied haben und erzwingen durch ein Veto gegen den Beitritt Tschechiens die völlig Schließung Temelins!

Niemand wird die FPÖ ernsthaft für politisch so naiv einstufen, tatsächlich daran zu glauben, ein souveräner Staat wie Tschechien lässt sich durch eine derartige Drohung zur Schließung eines Kernkraftwerkes "überreden" - schon gar nicht, wenn keine Alternativen geboten werden, die den Ausstieg aus der Kernenergie ermöglichen.

Die Interessen der FPÖ gelten weder Temelin noch Atomstrom.

Außenpolitisch hat das Volksbegehren nicht zum Ziel, Temelin zu schließen, sondern den Beitritt Tschechiens zur EU zu verhindern. Dem Beispiel werden vermutlich bald andere osteuropäische EU-Kandidaten folgen, irgendwas wird den Haiders und Westenthalers dazu schon noch auch für Polen, die Slowakei und andere einfallen.

Das Volksbegehren wird auch innepolitisch massive Auswirkung haben - dafür sorgt jedenfalls das Bombardement der Kronenzeitung, die seit Wochen mit Schlagzeilen und seitensweise Berichten das FPÖ-Unternehmen massiv unterstützt. Mit ein paar hunderttausend Unterschriften wird die FPÖ demonstrieren, wer in der Koalition das Sagen hat: bei einem Erfolg (mit dem Dank der Krone zu rechnen ist) muss Schüssel mit Neuwahlen rechnen, bei der die FPÖ mit den Anti-Temelin-Unterschriften im Rücken Stimmen dazugewinnen wird. Oder aber der schwarze Kanzler geht dem FP-Diktat und macht wieder einmal eine seiner bekannten 180-Grad-Kehrtwendungen.

Auch die Kronenzeitung zeigt einmal mehr, wo die Macht wohnt. Sie scheut dabei nicht davor zurück, auch Prominente gegen ihren Willen vor den innenpolitischen Karren zu spannen - wie etwa Tobias Moretti oder Ottfried Fischer, die sich, nachdem sie in der Krone als Unterstützer präsentiert wurden, wie andere vehement gegen diese Nähe zum FP-Volksbegehren zur Wehr setzen.

Beiden - FPÖ wie Kronenzeitung - geht es dabei ausschließlich um Machtdemonstration, nicht um Temelin - denn das Ergebnis des Volksbegehrens wird in jedem Fall allen Bemühungen der Anti-Atompolitik schaden: Ein Misserfolg wird als Desinteresse ausgelegt. Und ein Erfolg macht jede vernünftige Verhandlung mit Tschechien um Sicherheitsfragen völlig unmöglich.

Ottfried Fischer hat es auf den Punkt gebracht, worums beim Volksbegehren geht: „populistisch und opportunistisch“. Denn: „Die würden auch ein Pro-Kernkraftwerks-Volksbegehren machen“ (Standard, 12./13.1.2002)